



NEWSLETTER

AUSGABE 5
April 2010

KAS REGIONALBÜRO BENIN
PROGRAMM POLITISCHER DIALOG WESTAFRIKA
David Robert, Anja Casper

Inhalt

Seite 1

• *Virtuelle Akademie vernetzt politische Akteure in Westafrika*

Seite 2

• *Niger: Kommission zur Verfassungsrevision nimmt ihre Arbeit auf* • *KAS veröffentlicht ersten Verfassungskommentar für Benin*

Seite 3

• *Mali: Präsident betont Verzicht auf dritte Amtszeit*

Seite 4

• *UPADD Seminar in Cotonou*
• *Vorbereitungen für die Präsidentschaftswahlen in Benin haben begonnen*

Seite 5

• *Togo: Präsident Faure Gnassingbé im Amt bestätigt*
• *Partner NGOs der KAS starten neuen Ausbildungszyklus*

Seite 6

• *Côte d'Ivoire: Noch immer kein neuer Wahltermin*

VIRTUELLE AKADEMIE VERNETZT POLITISCHE AKTEURE IN WESTAFRIKA

Das Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika hat die *Virtuelle Akademie* in Betrieb genommen, eine Lernplattform, die sowohl Politiker als auch Akteure der Zivilgesellschaft in der Region vernetzt. Die Akademie bietet die Möglichkeit, über die Ländergrenzen hinweg Online-seminare durchzuführen und aktuelle politische und soziale Entwicklungen zu diskutieren.

Das Regionalbüro der Konrad Adenauer Stiftung stellt innerhalb der *Virtuellen Akademie* Texte zum Download zur Verfügung, die sich mit Themen der politischen Bildung befassen und einen Bezug zu den – virtuellen und realen – Seminaren der Stiftung haben. Die Teilnehmer können Grundagentexte noch einmal nachlesen oder für ihre eigene Arbeit verwenden. Sie können Probleme zur Diskussion stellen, denen sie in ihren Ländern gegenüber stehen, und im Netzwerk über ihre Arbeit informieren. Dadurch wird neben der politischen Bildung durch das Onlinemedium die Organisation gemeinsamer Aktivitäten in Zukunft erleichtert. Ziel ist es außerdem, Ausbildung, Weiterbildung und Kommunikation von Politikern und Akteuren der Zivilgesellschaft in der Region Westafrika trotz großer räumlicher Entfernung zu verbessern und zu intensivieren.





NEWSLETTER

REGIONALBÜRO COTONOU

AUSGABE 5 | APRIL 2010

www.kas.de

Die *Virtuelle Akademie* stellt eine dynamische Website im Sinne eines e-learning Portals dar, über das eigenständige Seminare angeboten werden, sowie zusätzliche Materialien zu Präsenzveranstaltungen bereitgestellt werden. Sie beinhaltet einen Chatraum, in dem sich die Teilnehmer zu jeder Zeit über verschiedene Themen austauschen können, einen Downloadbereich, in dem die Teilnehmer Grundlagentexte herunterladen können und einen Seminarchat, der während der Seminare als virtueller Klassenraum dient. Bereits in den ersten Wochen nach Einrichtung der *Virtuellen Akademie* zeigten die Teilnehmer viel Enthusiasmus und diskutierten lebhaft über verschiedene Themen wie zum Beispiel das Recht auf freien Zugang zur Grundbildung in der Region.

NACH DER ABSETZUNG VON PRÄSIDENT TANDJA IM NIGER: KOMMISSION ZUR VERFASSUNGSREVISION NIMMT IHRE ARBEIT AUF

Am 18. Februar hatte das Militär im Niger gegen Präsident Mamadou Tandja geputscht und so dessen unrechtmäßig verlängerte Amtszeit beendet. Die Militärs haben seitdem mehrmals beteuert, im Niger schnellstmöglich wieder demokratische Verhältnisse herstellen zu wollen. Die Putschistengruppe mit dem Namen „oberster Rat zur Wiederherstellung der Demokratie (CSRD)“, berief am 21.04. eine 16-köpfige Expertengruppe ein, die die fünfte Verfassung der nigrischen Republik überarbeiten soll. Sie soll ebenfalls eine neue Wahlgesetzgebung präsentieren sowie eine Charta für politische Parteien. Die Änderungsvorschläge müssen innerhalb von 45 Tagen präsentiert werden. Der Präsident der Expertengruppe, Mamoudou Gazibo, versicherte, die Kommission werde alles tun, um politische und institutionelle Stabilität im Land herzustellen. Das Regionalprogramm PDWA unterstützt die Wiederherstellung der demokratischen Ordnung im Niger durch Fachkonferenzen und Seminare, die sich sowohl an die politisch interessierte Öffentlichkeit als auch an die Expertengruppe zur Revision der Verfassung richten.

Weitere Informationen unter: http://www.kas.de/proj/home/pub/20/1/year-2010/dokument_id-18889/index.html

KAS VERÖFFENTLICHT ERSTEN BENINISCHEN VERFASSUNGSKOMMENTAR

In Anwesenheit des beninischen Justizministers Victor Topanou veröffentlichte die KAS einen 320seitigen Verfassungskommentar, der dazu beitragen soll, dass die Beniner ihre Verfassung besser verstehen und sich das Rechtsstaatsbewusstsein in der Bevölkerung verbessert. Als „historischen Augenblick“ bezeichnete der Topanou die Veröffentlichung des Kommentars am 03. Dezember und erklärte weiter, er wünsche sich, dass nun möglichst viele Beniner die Gelegenheit ergreifen, sich mit ihrer Verfassung gründlich auseinanderzusetzen.

Mit der Veröffentlichung des Kommentars erhofft sich die KAS, dass die Beniner ihre Kenntnisse über die Verfassung vertiefen und dass die Urteile des Verfassungsgerichts auch von der Bevölkerung verstanden und nachvollzogen werden können. Die Beniner haben seit 1990 eine demokratische Verfassung, auf die sie sehr stolz sind. In der Vergangenheit scheiterten Versuche der Regierung, ihren Einfluss konstitutionell zu erweitern am Protest der Bevölkerung. Trotzdem ist der gesamte Inhalt der Verfassung nur sehr wenigen bekannt. Zu vielen Artikeln wurden in den letzten 20 Jahren noch keine Entscheidungen gefällt, daher mussten viele Abschnitte der Verfassung von der elfköpfigen Expertenkommission erstmals interpretiert werden.

Büroleiter David Robert übergibt Justizminister Victor Topanu den Verfassungskommentar



Sowohl David Robert als auch Justizminister Topanou und die Vorsitzende der Arbeitsgruppe, Elvire Vignon, unterstrichen, dass der Kommentar Platz für Anregungen und Kritik ließe, und dass ein solches Projekt sogar auf den Input Dritter angewiesen sei. Wenn es in einigen Jahren einen erweiterten, veränderten Kommentar der Verfassung gebe, dann habe das Projekt sein Ziel erreicht, so die Experten. Für die Arbeit der KAS in der Region ist der Verfassungskommentar von großer Bedeutung. Zum einen wurden dank des Kommentars bereits viele verfassungspolitische Fragen aufgeworfen, die in der Diskussion um Rechtsstaatlichkeit in Benin von Entscheidung sind. Darüber hinaus wurden in Mali und Togo bereits Gespräche mit Experten geführt, um dort mögliche zukünftige Verfassungskommentarprojekte auf den Weg zu bringen. Auch dort soll die Publikation zur Versachlichung der Diskussionen um die Verfassung beitragen. Darüber hinaus soll der Kommentar das Verfassungsverständnis und die Identifikation mit der Verfassung stärken. Insgesamt kann dies zu einer Stärkung des Rechtsstaatsbewusstseins führen. Der Verfassungskommentar wird, wie das Beispiel Benin zeigt, der Diskussion um eine demokratische Weiterentwicklung der Verfassung Auftrieb geben. Daher leistet dieses Projekt einen wichtigen Beitrag zur Etablierung von Demokratie und Rechtsstaat in der Region.

MALI: PRÄSIDENT BETONT VERZICHT AUF DRITTE AMTSZEIT

Obwohl die nächsten Präsidentschaftswahlen in Mali erst im Jahr 2012 anstehen, hat Präsident Amadou Toumani Touré (ATT) bereits mehrfach bekundet, dass er die verfassungsmäßige Beschränkung der Amtszeit auf zwei Mandate respektieren, und nicht mehr als Kandidat antreten werde. Der Parteilose ATT regiert seit 2002 und wurde 2007 mit großer Mehrheit im Amt bestätigt. In vielen westafrikanischen Ländern sieht die Verfassung eine Beschränkung der Amtszeit auf zwei Mandate vor, allerdings haben in der Vergangenheit mehrere Präsidenten versucht, ihre Amtszeit durch Verfassungsänderungen zu verlängern. ATT, der verlauten ließ er freue sich bereits auf seine Pensionierung, könnte so ein Vorzeigebispiel für die Region werden, in dem er das Prinzip demokratischer Alternierung befolgt. Erst Anfang des Jahres war der nigrische Präsident Mamadou Tandja aus dem Amt ge-

putscht worden, nachdem er sich geweigert hatte, das Präsidentenamt nach zwei Legislaturperioden abzugeben.

UPADD REGIONALSEMINAR IN COTONOU

Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und nachhaltiges Wirtschaften – dies waren die Themen des UPADD (Union des Partis Africains pour la Démocratie et le Développement) Regionalseminars in Cotonou. Die Veranstaltung reiht sich in die langfristige Bemühung des Regionalprogramms Politischer Dialog Westafrika ein, die Partnerparteien der Region durch die Verbindung von politischer Bildung und Vernetzung ihrer jungen Mitglieder nachhaltig zu stärken. Wissenschaftliche Vorträge über die soziale Marktwirtschaft und den Umgang mit Staatsschulden wurden ergänzt durch die Vorstellung der „Leitlinien für Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und nachhaltiges Wirtschaften“, welche im Juli 2009 von führenden Repräsentanten von Politik und Wirtschaft in der Europäischen Union, darunter der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments und Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, Prof. Hans-Gert Pöttering, verfasst wurden. Im Mittelpunkt der Diskussion standen die Vor- und Nachteile der Sozialen Marktwirtschaft, ihre Anwendbarkeit auf westafrikanische Länder und ökonomische Möglichkeiten, die Staatsverschuldung zu verringern. Darüber hinaus wurden die Teilnehmer in die *Virtuelle Akademie* eingeführt.



Teilnehmer des Regionalseminars

VORBEREITUNGEN FÜR DIE PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN IN BENIN HABEN BEGONNEN

Ein Jahr vor den Wahlen für das höchste Staatsamt wird die Einrichtung eines elektronischen Wählerverzeichnisses, genannt LEPI (Liste Electorale Permanente Informatisée) heftig diskutiert. 2009 war ein Gesetz zur Einrichtung eines elektronischen Wählerverzeichnisses beschlossen worden. Bisher mussten vor jedem Urnengang Wählerausweise ausgestellt



NEWSLETTER

REGIONALBÜRO COTONOU

AUSGABE 5 | APRIL 2010

www.kas.de

werden, ein aufwändiges und wenig zuverlässiges Verfahren, da viele Beniner vor allem in den ländlichen Gegenden nicht über Geburtsurkunden oder Personalausweise verfügen. Auch die Übertragung der Wahlergebnisse wurde als fälschungsanfällig und untransparent kritisiert. Durch das elektronische Wählerverzeichnis, dessen Erstellung von den Vereinten Nationen und der Europäischen Union gefördert wird, soll nun die eindeutige Erfassung der Bürger und damit mehr Transparenz bei den Wahlen gewährleistet werden. LEPI wird prinzipiell von der Regierung ebenso wie von dem größten Oppositionsbündnis „Union fait la Nation“ und seinem Präsidentschaftskandidat Adrien Houngbédji und den zivilgesellschaftlichen Gruppen unterstützt. Die Auseinandersetzungen über Details der Umsetzung des Vorhabens hingegen ebbten nicht ab und das Gesetz von 2009 wird von der Opposition als fehlerhaft kritisiert. Ein neues Gesetz, welches die Opposition im März erfolgreich dem Parlament zur Abstimmung vorgelegt hatte, wurde vom amtierenden Präsidenten Yayi Boni mit Hilfe des Verfassungsgerichtes blockiert. Akteure der Zivilgesellschaft fordern, dass jeder Schritt der elektronischen Erfassung der Beniner, zu der auch die Speicherung biometrischer Daten gehört, durch unabhängige Gremien kontrolliert werden müsse. Kritiker befürchten, dass Yayi Boni, den Termin der Präsidentschaftswahlen im März 2011 vor Augen, die schnelle Umsetzung der Wählererfassung einer sicheren und transparenten vorziehen könnte.

TOGO: PRÄSIDENT FAURE GNASSINGBÉ IM AMT BESTÄTIGT

Bei den am 4. März durchgeführten Präsidentschaftswahlen wurde Präsident Faure Gnassingbé mit 60,9 Prozent deutlich im Amt bestätigt. Sein stärkster Konkurrent Jean Pierre Fabre erhielt 33,94 Prozent der Stimmen. Fabre und seine Partei UFC erhoben unmittelbar nach der Wahl Einspruch und beanspruchten seitdem den Sieg für sich. Die UFC organisiert wöchentliche Protestmärsche in Lomé, an denen sich zuletzt bis zu 7.000 Menschen beteiligten. Präsident Gnassingbé trat seine zweite Amtszeit am 3. Mai an. An der Zeremonie nahmen die Staatshäupter zahlreicher westafrikanischer Länder darunter Benin, Burkina Faso, Ghana und Côte d'Ivoire teil. Die Opposition boykottierte die Amtseinführung. Während der offizielle Bericht der EU Wahlkommission noch aussteht, bestätigten Wahlbeobachter, dass es bei den Wahlen und der Wahlvorbereitung zu technischen Pannen gekommen sei, die jedoch für den Sieg von Faure nicht ausschlaggebend gewesen seien. International wurde die Wahl als weitgehend demokratisch eingestuft und zahlreiche Regierungschefs gratulierten Faure bereits zu seinem Sieg. Bei den Präsidentschaftswahlen 2005 war es zu gewaltsamen Ausschreitungen gekommen, bei denen mehrere hundert Menschen getötet wurden.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützte die Wahlvorbereitungen in Togo mit verschiedenen Seminaren und Konferenzen zur Wahlsensibilisierung. Auch der Sicherheitssektor wurde dabei berücksichtigt. Die dem Präsidenten als nahestehend geltende Armee war in der Vergangenheit immer wieder in Wahlunruhen verstrickt, zum letzten Mal als Präsident Faure das Amt von seinem Vater übernahm. Die Konrad-Adenauer-Stiftung bemüht sich daher, in einem partnerschaftlichen Dialog den Sicherheitssektor in demokratisch-rechtsstaatliche Strukturen einzubinden.

PARTNER NGOS DER KAS STARTEN NEUEN AUSBILDUNGSZYKLUS

Fünfunddreißig Mitglieder der beiden westafrikanischen NGOs *SOS Civisme* und *Centre Afrika Obota* haben im April mit einem dreijährigen Ausbildungszyklus begonnen, der durch das Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika begleitet wird. SOS Civisme und Centre Afrika Obota sind langjährige Partner der KAS in Westafrika und in den Ländern Benin, Togo, Côte d'Ivoire, Mali, Niger und Burkina Faso tätig. Sie haben es sich zum Ziel gemacht, den Demokratisierungsprozess in ihren Ländern zu unterstützen. Die Teilnehmer werden pro Jahr zwei bis drei Seminare besuchen.

Durch Seminare in den Bereichen Projektmanagement und Erwachsenenbildung bekommen sie das methodische Werkzeug an die Hand, um demokratisches Engagement und Wahlbeteiligung in der Bevölkerung erfolgreich zu fördern und diese für Probleme wie Korruption oder Bad Gouvernance zu sensibilisieren. Abgerundet werden die Seminare durch Diskussionen zu aktuellen soziopolitischen Themen. Ziel der Ausbildung ist es, langfristig Multiplikatoren der politischen Bildung in der Region zu stärken.



CÔTE D'IVOIRE: NOCH IMMER KEIN NEUER WAHLTERMIN

Das Warten auf die Wahlen in der Côte d'Ivoire hält auch im Jahr 2010 an. Mitte Februar löste Präsident Gbagbo die Regierung und die unabhängige Wahlkommission CEI auf, beide Seiten beschuldigten sich seit langem gegenseitig, für die Verzögerung der Wahlvorbereitungen verantwortlich zu sein. Relativ zügig wurde die Regierung, an der gemäß dem Abkommen von Ouagadougou alle wichtigen Oppositionsparteien beteiligt sein müssen, umgebildet und die CEI neu besetzt. Allerdings brachte dies keine nennenswerten Fortschritte bei der Wahlvorbereitung. Ende Februar verkündete der burkinische Präsident Blaise Compaoré, der in der ivoirischen Krise eine Vermittlerrolle spielt, die seit fünf Jahren immer wieder verschobenen Präsidentschaftswahlen würden Ende April oder Anfang Mai stattfinden. Nachdem dieser Termin erneut verstrichen ist, wurde weder ein neuer Wahltermin noch ein aktualisierter Zeitplan beschlossen. Hauptproblem ist die ungeklärte Identität von mehr als 1 Million Personen, die sich für die Wahl registriert haben. Bei einem Treffen mit dem senegalesischen Präsidenten Abdoulaye Wade Ende April kündigte Gbagbo eine umfangreiche „Reinigung“ der Wählerlisten an, wie diese konkret aussehen soll, ließ er jedoch offen.

Währenddessen hat der UN Sicherheitsrat sein Mandat in der Côte d'Ivoire (UNOCI) auf Ende Mai verlängert. Das Mandat soll die Abhaltung von freien und transparenten Wahlen garantieren.